

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Landesverratsverfahren gegen den „Vorwärts“.

Auf Antrag des Reichswehrministers Dr. Gessler und auf Anweisung des bayerischen Reichsjustizministers Emminger ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Ernst Reuter, ein Verfahren wegen „Landesverrats“ eingeleitet worden. Das „Verbrechen“ wird in der Weihnachtsummer des „Vorwärts“ gefunden, und zwar in einem Aufsatz, der die Befreiung des Ausnahmestandes forderte. In diesem Artikel war Bezug genommen auf Ausführungen des früheren sächsischen Innenministers, Genossen Lipinski, der von dem Zusammenhang der Reichswehr mit illegalen Organisationen sprach und darlegte, daß die sächsischen Schwierigkeiten nicht entstanden sein würden, wenn die Reichsregierung mit der sächsischen Regierung in derselben Weise verhandelt hätte wie mit der bayerischen. Nur weil ihr Verhalten anders war, weil alle Anregungen und Vorschläge der sächsischen Landesregierung von der Reichsregierung ignoriert wurden, deshalb habe sich Feindgerichte bilden lassen, öffentlich gegen diese Art Reichspolitik Stellung zu nehmen.

Durch die Wiedergabe dieser Ausführungen soll der „Vorwärts“ einen „Landesverrat“ begangen haben! Es wird wirklich immer schöner in der deutschen Republik. Die bewaffne-

ten Banden greifen in Rüstung und in München zum Putsch. Sie müssen schließlich von Angehörigen der Reichswehr zusammengeschossen werden. Aber Zeitungen, die auf das Ungeheuerliche hinweisen, daß diese bewaffneten Banden von gewissen Stellen offenkundige Förderung erfahren, sollen „das Land verraten“ haben? Das heißt den Unfug auf die Spitze treiben. Wegen angeblicher Ueberlastung der Gerichte wird das Reichsgericht seiner Funktion entkleidet und den Oberlandesgerichten die Massenaburteilung von Landesverratsfällen übertragen. Und immer neue Landesverratsprozesse kommen hinzu. Außer dem „Vorwärts“ soll auch die „Welt am Montag“ und die „Frankfurter Zeitung“ unter Landesverratsanklage stehen.

Daß der Rahr-Bayer Emminger solche Steigerung des deutschen Ansehens herbeiführt, wundert uns nicht weiter. Aber daß der Demokrat Gessler durch seine Anträge dazu mitwirkt, das hatten wir von ihm bisher doch noch nicht erwartet. Indessen ist mit der Einleitung des Verfahrens noch nicht sein Ende erreicht. Es wird ja vor Gericht sich die Möglichkeit ergeben, in vollem Umfange nachzuweisen, wo wirkliche Geschehnisse vorgekommen sind. Und da werden wahrscheinlich nicht nur die Leidtragenden sein!

## Um die Lebensmittelzölle!

Nach Panitz Haum.

Wer geglaubt hat, es handle sich bei der Diskussion über die Lebensmittelzölle zunächst um eine akademische Erörterung, sieht sich jetzt durch die Rede, die der demokratische Reichswirtschaftsminister Hamn gestern im Reichswirtschaftsrat gehalten hat, eines Schlimmeren beehrt.

Herr Hamn, der Wirtschaftsminister, kündigt als Folge der Aufhebung von Einfuhrverboten den Uebergang zum Schutz Zoll an. Er ist allerdings so vorsichtig, hinzuzufügen, dieser Uebergang werde „nicht mit einem Mal und nicht bedingungslos geschehen können“. Aber er wird wieder um einige Grade deutlicher, indem er erklärt, „für die dauernde Orientierung der Außenhandelspolitik werde der Gedanke des Schutzes der nationalen Arbeit einschließend der Landwirtschaft im allgemeinen wesentlich betont werden“. Wenn vom „Schutz der nationalen Arbeit“ die Rede ist, weiß jeder Kundige, was die Uhr geschlagen hat, denn „Schutz der nationalen Arbeit“ war von jeher das werbende Schlagwort aller Schutzzöllner. Und einschließend der Landwirtschaft! Was heißt das anderes, als daß nichts Erbares ins Land hereingelassen werden soll, das nicht zuvor durch Zölle auf die Höhe des Inlandpreises gebracht worden ist, was heißt das anderes als Lebensmittelzölle, künstliche Verteuerung der Volksnahrung durch den Staat?

Man hat den Arbeitern, den Angestellten, den Beamten gesagt: „Nur die Verlängerung der Arbeitszeit kann uns retten. Ihr müßt jeden Tag ein bis zwei Stunden länger arbeiten!“ Und diese braven Leute, soweit sie noch an die Heilkräfte bürgerlicher Rezepte glauben, antworteten: „Schön und gut, wir wollen länger arbeiten!“

Diese braven Leute dachten wohl, wer mehr arbeitete, der bekomme dafür höheren Lohn. Darin täuschten sie sich jedoch, man sage ihnen: „Um die Mark zu stabilisieren und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, müssen Löhne und Gehälter abgebaut werden.“ Die braven Leute sahen auch dies ein und sagten: „Schön und recht, so laßt uns Löhne und Gehälter abbauen!“

Vielleicht meinen sie, daß es damit genug ist. Nun aber kommt die neue Enttäuschung; jetzt heißt es: „Ja, die Arbeitszeit ist verlängert, Löhne und Gehälter sind dafür — im billigen Ausgleich — verkürzt, aber die Lebensmittel sind noch zu billig. Um die nationale Arbeit einschließend der Landwirtschaft zu schützen, müssen die Lebensmittelpreise durch Zölle hinaufgeschraubt werden.“ Wird sich die Stimme der heiligen Einsicht auch damit einverstanden erklären?

Herr Hamn sagt: „In Einzelfällen möge der Lohnsatz in der Tat unter das wirtschaftlich richtige Maß gesunken sein.“ Wahrhaftig, in Einzelällen! Im Durchschnitt erreicht der Lohn heute kaum zwei Drittel des Friedenslohnes. Findet der Reichswirtschaftsminister die hohen Löhne „wirtschaftlich richtig“ und sie nur in jenen „Einzelfällen“ falsch, wo sie bis gegen die Hälfte des Friedenslohnes herabsinken? Der deutsche Arbeiter verdient heute nur einen Bruchteil dessen, was sein ausländischer Klassengenosse in Ländern gleicher Produktion für gleiche Leistung verdient. Aber nur „in Einzelfällen“ ist nach der Meinung des Reichswirtschaftsministers der Lohnsatz „unter das wirtschaftlich richtige Maß gesunken“.

Wirtschaftlich falsch sind dagegen die Preise der Artikel für den Lebensbedarf. Sie sind zu niedrig und müssen durch Schutzzölle erhöht werden. Vielleicht hat der Reichswirtschaftsminister die Freundlichkeit, sich in die Tabelle des Berliner Statistischen Amtes zu verleihen, die wir heute morgen zugleich mit seiner Rede veröffentlichen. Da stellt sich heraus, daß fast alle Lebensmittelpreise auf heute noch hoch über der Vorkriegshöhe stehen. Das gilt selbst für die gewöhnlichsten, unentbehrlichsten Gemüselorten; das gilt für Seeische, wie Kabeljau, Dorsch, Heringe, von „Luxusgegenständen“, wie Eier, Käse, Zucker gar nicht zu reden. Die geringen Abschläge an den Brotpreisen vermögen diesen Steigerungen in keiner Weise die Woge halten, zumal wenn man die unglaublich verteuerten Kosten für Heizung und Beleuchtung hinzurechnet und in Erwägung zieht, daß durch die dritte Steuernotverordnung nun auch die Wohnungskosten im Eilschritt erhöht werden. Welche Zustände da erst eintreten müssen, wenn nun gar auch noch die wenigen im Preis etwas gesunkenen Lebensmittel durch Schutzzölle verteuert werden sollen, das vermag keine Phantasie sich vorzustellen!

Vielleicht erklärt sich von hier aus der heftige Sinn der Emmingerschen „Bereinigung der Justiz“. Denn es ist klar, daß diese Wirtschaftspolitik den Strafgerichten viel Arbeit schaffen muß, daß zahlreiche arme Teufel sich in den Wäldern des Strafrechtsparagrafen verfangen müssen. Nur langsam also, daß man Kosten und Umstände sparen und die Uebelthäter auf kürzestem Wege dahin bringen will, wohin die Gerechtigkeit sie verwirft!

Herr Hamn, der Reichswirtschaftsminister, ist nicht wie sein Kollege vom Reichsernährungsministerium „in der Luft des Antrages Panitz aufgewachsen“. Er nennt sich einen Demokrat, einen Liberalen, und er wird gewiß nicht verkümmern, seine theoretische Verbrüderung vor Theodor Barth zu machen und vor seinen großen englischen Vorbildern Cobden und Bright. Der Unterschied ist nur, daß bei den englischen Liberalen die Traditionen Cobdens noch lebendig sind, nicht aber bei den deutschen Demokraten, von den anderen bürgerlichen Mittelparteien nicht zu reden, die Traditionen Theodor Barths. Gemeinjam mit der Arbeiter-

## Die Erkenntnisse der Sachverständigen.

Paris, 16. Februar. (E.P.) Dem „Can'ois“ und dem „Eclair“ zufolge, die über die gleiche Informationsquelle zu verfügen scheinen, haben die Sachverständigen in Berlin festgestellt, daß die Deutschen weniger Steuern bezahlen als die Angehörigen der meisten aller Länder. Die Steuern seien auch dem ungerecht verteilt und träfen besonders das Bürgertum und den Arbeiterstand, wogegen die Landwirte und die Großindustrie bevorzugt würden. Außerdem hätten die Sachverständigen das Vorhandensein eines Kriegs- und eines Marinebudgets festgestellt, das dem Friedensverhältnis unüblich sei. Nach ihrer Ansicht könnten zwei bis drei Milliarden Goldmark jährlich an das Budget für die Reparationen und zur Verzinsung einer Goldanleihe, die für die Schaffung der Goldnotenbank bestimmt ist, aufgenommen werden.

Sie hätten folgende Grundzüge angenommen: 1. Deutschland kann nur in dem Maße bezahlen, als seine Ausfuhr die Einfuhr übersteuert, was nur möglich ist, wenn den deutschen Waren der freie Zugang zu den Märkten gewährt werde.

2. Die deutsche Zahlungsfähigkeit könne nicht bestimmt werden, bevor in Deutschland wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse hergestellt seien und bevor die beschlagnahmten wirtschaftlichen Gebiete wieder wirtschaftlich belebt würden, was aber nicht notwendigweise die Einstellung der militärischen Belegung bedeute.

3. Deutschland sollte ein Moratorium von zwei bis drei Jahren gewährt werden, während welcher Zeit Frankreich Sachleistungen geliefert werden könnten, sowie evtl. Vorschüsse auf die geplante Goldanleihe.

4. Es besteht Interesse dafür, die gesamten Reparationsschulden auf eine Grundzahl zurückzuführen, die verbleibt werden kann. Dazu wäre eine Einigung über die Kriegsschulden erforderlich.

5. Als Garantie für die Goldnotenbank wären die Reichseisenbahnen zu bestimmen, in deren Verwaltungsrat Neutrate aufgenommen werden sollten. Ein Garantiefonds sollte im Ausland angelegt werden.

## Die Sachverständigen in Paris.

Paris, 16. Februar. (W.F.) Die aus Berlin zurückgekehrten französischen Sachverständigen Parmentier und Allg. die dem Komitee Dawes angehören, hatten gestern nachmittag eine einstündige Unterredung mit dem französischen Delegierten in der Reparationskommission, Barthou, der sich anschließend mit General Dawes besprach.

## Reichsbahn und Reparationen.

Gegenüber den Behauptungen, daß die Sachverständigen der Reparationskommission die Übergabe der Reichsbahn an ein Finanzkonsortium befürworteten, wird von zuständiger Stelle erklärt:

Die Selbständigkeit der Reichsbahn ist seit langem geplant, und zwar in erster Linie als rein eisenbahnerische und finanztechnischer Ordnung dann aber auch, um durch eine mögliche Intensivierung des Verkehrs die zur Reparationen notwendigen Summen herbeizubringen. In dem deutschen Memorandum vom 7. Juli war bereits eine Befassung der Reichsbahn mit 10 Milliarden Goldmark Eisenbahnobligationen und 500 Millionen Goldmark Jahresleistung angeboten. Das Sachverständigenkomitee hat sich im Rahmen der Beauftragung des deutschen Vats und der deutschen Finanzbehörden Befugnisse auch für die Reichsbahn interessiert. Durchaus falsch ist es aber, daß das Komitee der Ansicht wäre, daß die Reichsbahn an ein Finanzkonsortium übergeben werden sollte. Das Komitee ist vielmehr, soweit man hier unterrichtet ist, für's da vor anzugehen, daß das Eigentum der Reichsbahn beim Reich bleibt.

Säuerung der russischen Notenpresse. Die Sowjetregierung hat den Druck von Sowjetpapiergeld eingestellt. Die ersten Posten der neuen Geldnoten sind, dem Ost-Express zufolge, in den Verkehr gebracht worden.

## Drohender Streik der Dockarbeiter.

London, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften trafen heute noch einmal beim Arbeitsminister Shaw zusammen, der sich weiter um eine Beilegung bemüht. Indessen ist die Parole des Streikausbruchs für heute mittag 12 Uhr bereits aus gegeben, aber da der Streik erst am Montagmorgen zur vollen Auswirkung gelangen könnte, hofft man, daß bis dahin noch eine Regelung eintreten wird.

Von dem Konflikt sind rund 120 000 Dockarbeiter berührt. Die Arbeitgeber vertreten ihre Forderung auf Erhöhung des jährlichen Mindestlohns um 2 Schilling auf die Lasten, daß der Lebensmittelpreis seit der letzten Lohnsteigerung vor zwei Jahren verschlechtert hat. Nach den amtlichen Tabellen sind im Februar dieses Jahres die Lebenshaltungskosten um 2 Proz. gegenüber dem Vormonat gestiegen und betragen 79 Proz. mehr als in der Vorkriegszeit.

## Die neuen Staatsverträge.

Neuerungen Zusatz.

Rom, 15. Februar. (W.F.) Einem Vertreter der „Tribuna“ sagte der Periner Gesandte der Tschechoslowakei, Tuzar, der italienisch-südslawische Freundschaftsvertrag beseitige alle Streitpunkte zwischen Italien und Südslawien, dem Verbündeten der Tschechoslowakei, und gebe dadurch volle Bewegungsfreiheit in der Adria, was dem gesamten Handel Zentraleuropas zugute komme. Der französisch-italienisch-slowakische Vertrag enthalte keine Bestimmung militärischer Natur, entgegen den Gerüchten, die ihm die Bedeutung belegen möchten. Ich die tschechoslowakische Armee an der deutschen Grenze die französische Armee am Rhein unterstütze. Tuzar erklärte ferner:

Unsere guten Beziehungen zum demokratischen Deutschland bleiben unverändert bestehen. Für uns besteht das große Interesse, daß die Reparationsfragen endgültig und mit größtmöglicher Befriedigung gelöst werden, und zwar treten wir für eine größere Herabsetzung der deutschen Vermögensleistungen ein voran, daß man auch unseren Schulden einen entsprechenden Nachlass gewährt. Für uns hat diese Frage allein wirtschaftliche Bedeutung da wir Interesse haben an dem Wiederaufbau Europas und ganz besonders demjenigen Deutschlands. Wir haben großes Vertrauen zum Völkerverbund, wir wissen aber, daß die Welt noch nicht gekommen ist, wo der Völkerverbund den Abschluß von Sonderverträgen abschließen kann. Wir haben auf die Erneuerung des Völkervertrages erklärt, Tuzar, daß die Tschechoslowakei diesen Einverständnis anerkennen werde, selbst wenn Frankreich sich hierzu nicht entschließen sollte.

## Unlust an der Börse.

Bei den Berliner Banken lagen zum Wochenanfang nur außerordentlich geringe Effektenaufträge vor. Es erscheint deshalb fraglich, ob die an der gestrigen Nachbörse hervorgetretene freundlichere Tendenz sich am Montag behaupten wird. Im heutigen Fremdenverkehr zeigte sich jedenfalls keine bemerkenswerte Unternehmungslust. Soweit Kurse genannt wurden, lagen sie eher noch unter den gestrigen Notierungen. Stärkeres Interesse besteht im Hinblick auf die Aufmerksamkeit lediglich für Hypothekendarlehen. Die geschäftliche Zurückhaltung der Börse erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die kommende Woche, die eingeleitet wird durch eine bedeutsame Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags und durch den Beginn weiterer Verhandlungen der Sachverständigen in Paris, gerade auf politischem Gebiete wichtige Vorgänge bringen kann.

Die Geldmarktlage hat sich etwas erleichtert. Heute war tägliches Geld wieder mit 1 pro Zille zu haben. Im amtlichen Devisenverkehr zeigt sich keine große Veränderung. Es besteht noch weiterhin ein ziemlich erheblicher Bedarf für Einfuhrzölle, so daß die Reichsbank noch nicht in der Lage ist, die Zuteilungen allgemein zu erhöhen. Es wurden heute bei unvoränderlichen Kursen englische Pfunde und Dollars mit 4 Proz. repariert. Goldanleihe notierte vorwärtend 42, Dollarkurs lag bei 20,00 gegen den fortwährenden Mißerfolgsfall zwischen Nachfrage und Angebot wieder gedrückt werden.



partei haben eben erst die englischen Liberalen die konservative Schutzpropaganda zu Boden geworfen, und sie sehen lieber eine Arbeiterregierung am Ruder als eine konservative Regierung, die sich in der letzten Wahlkampagne als schutzöllnerisch demaskiert hat.

Hier in Deutschland? In Schlesien hat sich das Zentrum schon für neue Lebensmittelzölle ausgesprochen, und was von den Demokraten zu erwarten ist, läßt die Rede des Herrn Hamm ahnen.

So wird es die Sozialdemokratie allein sein, die den Vorstoß des Agrarierturns abzumehren haben wird. Nur wenn den bürgerlichen Parteien der Ausfall der kommenden Reichstagswahlen nach den hochgespannten Erwartungen, die ihnen die Wahlen in einigen Einzelstaaten gebracht haben, zur peinlichsten Enttäuschung wird, nur dann kann es auf dem eingeschlagenen verhängnisvollen Weg noch eine Umkehr geben.

Mögen die Massen der Verbraucher in Stadt und Land endlich begreifen, was der „Kampf gegen den Marxismus“, die mit allen Mitteln betriebene Hege gegen die Sozialdemokratie, wenn sie Erfolg haben, materiell für sie bedeuten! Möge aber auch immer breiteren Massen der Arbeiterbewegung die Erkenntnis kommen, daß es sinnlos ist, sich über Fragen der Theorie oder der Taktik gegenseitig bis aufs Blut zu befeinden, während praktische Arbeit zur Abwendung unmittelbar drohender Gefahren ein Höchstmaß von Geschlossenheit und disziplinierter Kampfbereitschaft erfordert.

Bei den kommenden Reichstagswahlen wird es sich darum handeln, ob es gelingt, ein unerträgliches Höchstmaß wirtschaftlicher Bedrückung von den Massen der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren. Man darf in diesem Sinne den Herren Kanitz und Hamm nur dankbar sein. Sie haben die Frage klargestellt, das Volk wird zu antworten haben!

## Wahlen in Mecklenburg.

### Noch unter Militärherrschaft.

Am morgigen Sonntag findet in Mecklenburg-Schwerin die Neuwahl des Landtags statt. Nach dem Ergebnis des Thüringer Wahlkampfes sind die Vorsitzenden des Ordnungsbürogedankens auch für Mecklenburg frohen Mutes. Sie hoffen, daß auch dort die Reaktion in vollem Umfange siege und daß wie jetzt in Lübeck und im östlichen Nachbarstaate Mecklenburg-Strelitz ein „antimarkistischer“ Kurs eingeschlagen werde.

Der bisherige Landtag war am 13. März 1921 gewählt worden. Damals erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 137 971 (28 Sitze), USP, 2635 (0), Kommunisten 15 328 (3), Demokraten 14 127 (3), Deutsche Volkspartei 57 813 (12), Deutschnationale 73 452 (15), Dorfbund 19 452 (4), Wirtschaftspartei 9787 (2). Nach einem kurzen Versuch mit der großen Koalition wurde zuletzt die Regierung aus der Sozialdemokratie, den Demokraten und dem Dorfbund gebildet.

Seit den letzten Wahlen haben sich die Vertreterhältnisse auch in Mecklenburg nicht unerheblich geändert. Gerade dieses Land ist die Heimat der „Völkischen“, dort ist v. Graefe zu Hause, der sich zuerst von seinen deutschnationalen Beigegensossen loslöste und seine antisemitische Politik mit jüdischen Autofahrten machte. Die Völkischen stehen aber in ihrem Nachhinger durchaus nicht einig da. Sie sind gerade in Mecklenburg, wo die Rohbach-Garden auf alle Güter verteilt sind, in mehrere Gruppen gespalten, die sich gegenseitig den Rang abzulaufen suchen. Die Abspaltung geschah natürlich auf Kosten der Deutschnationalen, die gezwungen sind, gegen die noch rationaleren einen erbitterten Abwehrkampf zu führen, worüber der Kampf gegen den Marxismus natürlich nicht zu kurz kommen darf.

Der Ausnahmezustand mit seiner militärischen Allgewalt lastet natürlich auch auf diesem Lande. Zeitungsverbote aller Art behindern die freie Entfaltung des Wahlkampfes, schaffen auf der anderen Seite ein großes Maß von Erbitterung, das,

wie immer, den extremen Flügelparteien Wasser auf die Mühlen leiten dürfte.

Unsere Genossen haben in den letzten Wochen eine schwere Agitationsarbeit in dem hauptsächlich agrarischen und kleinbürgerlichen Lande geleistet. Der ganze Sturm der „antimarkistischen“ Front richtete sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, und die Kommunisten leisteten wie immer der Bourgeoisie dabei kräftigste Hilfe. Dem Ausgang des Wahlkampfes darf man mit Spannung entgegensehen, wenn man auch überzeugt sein kann, daß die Rot der breiten Massen und die östliche Verhegung nicht ohne politische Wirkung bleiben.

## Zusammentritt des Reichstags.

Das Ende des Ermächtigungsgesetzes macht einen Zusammentritt des Reichstags notwendig. Er ist vorläufig auf Mittwoch nächsttag um 3. Uhr festgesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Gesetzentwurf über Rechtschutz und Rechtshilfe zwischen Deutschland und Österreich.
2. Gesetzentwurf über Danziger und memelländische Rechtsangelegenheiten.
3. Gesetzentwurf zur Abänderung der Kraftfahrzeuglinien-Verordnung.
4. Interpellation der Abgeordneten Fehrenbach, Hoffmann, Ludwigshafen, Dr. Scholz, Hergl und Genossen, betreffend die durch die Separatistenübergriffe in der Rheinpfalz geschaffenen Zustände.
5. Interpellation der Abgeordneten Koch-Weser, Erdenz, Dr. Hoos, Koresl, betreffend die in der Pfalz durch die separatistischen Gewalttäter getroffenen Anordnungen, und in Verbindung damit der Antrag Hergl, betreffend die Aburteilung der des Hochverrats beschuldigten Personen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird zwei Tage vor dem Plenum zusammentreten, um einen Bericht des Außenministers über die durch die Tätigkeit der Sachverständigen geschaffene Lage entgegenzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß Stresemann auf die außenpolitischen Zwischenfälle der letzten Zeit eingehen wird.

## Wegen Beleidigung verurteilt.

### Ein Gastwirt und ein Bergarbeiter.

II. meldet aus Bochum:

Die Strafkammer verurteilte den Gastwirt Hugo Glashammer und den Bergmann Stollmann wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des preussischen Innenministers Severing zu 300 bzw. 50 M. Geldstrafe und zur Ertragung der Kosten der Publikation des Urteils. Die Angeklagten hatten als ehemalige, aber aus der Partei ausgestrittene Sozialdemokraten fortgesetzt in erheiternden Kämpfen an der Bierbank beschimpfende Äußerungen über den Reichspräsidenten und den Minister Severing getan. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis bzw. zehn Tage Gefängnis beantragt.

Es ist irrtümlich anerkanntswert, daß sich auch einmal eine Strafkammer findet, die der Schutz des Reichspräsidenten und des preussischen Innenministers für notwendig hält. Es muß aber auffallen, daß in diesem Fall die bestraften Bierbankpolitiker ein Bergmann und ein Gastwirt sind, während die bei weitem gefährlichere Hege der deutschnationalen und deutschnationalen Rabaukpolitiker in der Schlageterangelegenheit ohne Sühne blieb.

## Deutsch-tschechisches Abkommen.

Halbamtlich wird gemeldet: Die Besprechungen zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung über die Regelung einiger schwebender Wirtschaftsfragen sind am Freitag zum Abschluß gelangt. Das darüber ausgekommene Protokoll ist von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt v. Stockhammer, und dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Delegation, Legationsrat Dr. Šol, gezeichnet worden.

## Vollendung des Ritsches.

Der Däne Sophus Michaëlis hat dies Stück geschrieben: Die Wogen der großen Revolution haben eine Insel noch nicht überspült, den Grafen von Trionville. Die Herrin, die junge Elaine, hält Hochzeit mit dem Marquis Ernest, dem zurückgekehrten Emigranten. Nur einen Tag haben die beiden — das Stück heißt „Revolutionshochzeit“ —, dann muß er weiter, die anbrechende neue Zeit zu bekämpfen. Auch nach Paris, die Gegenrevolution wartet! Da erklingt die „Marseillaise“, sieghaft dröhnen, unheilswanger dröhnen. Standgericht: Marquis Ernest zum Tode verurteilt, Elaine freigesprochen. Marc-Arnon, der alte Oberst, schenkt dem Marquis noch eine Nacht, die Hochzeitsnacht. Die junge Marquise will sie auskosten, lebenshungrig und liebestoll, aber Ernest fährt die schlatterige Angst in die Knochen, nach Rettung winkend, nimmt er nicht, was sie ihm freigebig spenden will. Ernüchtert und voll Mitleid bestimmt sie Marc-Arnon, ihm zur Flucht zu verhelfen. Der, selbst von Liebe zu Elaine ergriffen, tauscht die Kleider und empfängt von ihr, was dem Marquis zugehört war. Für einen hohen Preis. Er hat die Pflicht verneht und will die Liebesnacht mit dem Tode hängen. Einmal noch überkommt ihn bange Furcht, dann aber strafft er sich, die Revolution, die Morgenröte neuer Zeiten begünstigt ihn zu seligen Rausch. Trotz Freispruch bezieht er auf seiner Strafe. Ein Knall, er fällt als Held.

Mit diesem Knalleffekt kreißt das spannungsladene, virtuose gezeichnete Schauspiel hart an Ritsch. Marc-Arnon ist fast ein Theaterheld, aber die blumenschillernde Sprache des Dichters umfährt die Klippe. Nicht das Liebesstück steht mehr im Mittelpunkt, Freiheitsschreie weht, frohes Befahren zu neuen Ideen flamm, revolutionärer Geist blüht auf. Ein Höhepunkt.

Der Direktor und Regisseur Theodor Tagger vollendet im Renaissance-Theater, was dem Dichter mit seiner Effekthaserei beinahe gelingt. Der Ritsch wird komplett. Ein entseelter Ritsch! Streicht weg, was die Komödie an Kunstwert enthält. Nichts von dem Pochen der neuen Zeit, nichts von der glühenden Liebe zur Republik. Rollen und wichtige Auftritte fallen ihm zum Opfer. Uebriq bleibt: eine Brautnacht mit Hindernissen, psychologisch unverständlich und dürftig inszeniert (eine Tür fällt auf der Bühne um).

Ein Wunder, daß die Schauspielerei aus dem Torjo noch starke Wirkungen herauszuholen. Maby Christians gab die Elaine, ganz Jorheit, ganz Seele, die ihr Innerstes offenbarte; Ernst Deutsch war der rote Oberst Marc-Arnon, erschütternd in seinem Lebenshunger, betäubend in seinem Erstarken. Schade, daß sein Charakter nicht einderig wurde. An ihm lag es nicht. Er war an die gefürzte Rolle gebunden. Walter Fried, eine bemerkenswerte Charge, verfloppertes Zielbewußtsein und selbstgewordener Fanatismus. Als die „Revolutionshochzeit“ zum ersten Male in Berlin erschien, lebten wir noch in einer Monarchie. Damals kam das Revolutionsdrama besser zum Ausdruck als heute in der Republik.

Ernst Degner.

„Boccaccio“. Am den Menschen, die vom modernen Tangelangel, genannt Operette, überflügelt sind, einen Suppé schmackhaft zu machen, dazu braucht's nur wenig Aufwand. Ein kleines

## Tagung der Exekutive der S.A.J.

Heute und morgen findet in Luxemburg eine Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale statt. Auf der Tagesordnung stehen ein Bericht des Secretariats der Internationale, Berichte über die politische Lage und Berichte über einige organisatorische Fragen der Internationale und über die Beziehungen zu anderen internationalen Verbänden.

Diese Tagung ist u. a. dadurch veranlaßt worden, daß bekanntlich fünf englische Mitglieder des Bureau der S.A.J. infolge ihrer Annahme von Ministerposten statutarisch ausgeschieden sind. Die Ergänzung des Bureau ist daher notwendig geworden.

Für Deutschland nehmen an dieser Tagung teil die Genossen Dr. Adolf Braun und Artur Crispian.

## Bayerische Wahlen am 6. April.

München, 16. Februar. (WZ.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist als Termin für die bayerischen Landtagswahlen der 6. April in Aussicht genommen.

München, 16. April. (WZ.) Die bayerische Mittelpartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach in Vollziehung des Landtagsbeschlusses vom 21. Dezember 1923 die Zusammenlegung der Ministerien folgendermaßen durchzuführen sei. Erstens ist das Landwirtschaftsministerium mit dem Ministerium des Innern zu einem Ministerium des Innern und der Landwirtschaft zu vereinigen. Zweitens ist ein Wirtschaftsministerium zu errichten und in diesem das bisherige Handelsministerium, das Sozialministerium und die Bauabteilung des Ministeriums des Innern einschließlic der Wasserkräftabteilung zusammenzuschließen.

## Anlagen gegen Kahr.

### Ein offener Brief Prof. Rothenbüchers.

München, 16. Februar. (WZ.) In der „Allgemeinen Zeitung“ richtet Prof. Rothenbücher wegen der Beschlagnahme seiner Broschüre einen offenen Brief an den Justizminister, in welchem u. a. ausgeführt wird, daß in schwebende Gerichtsverfahren eingreifende Organe der Justizverwaltung oder der allgemeinen Verwaltung ausdrücklich verboten ist. Ein solcher Eingriff sei aber zu erblicken in der amtlichen Bekanntmachung des Generalstaatskommissars vom 26. November 1923, daß eine Auslieferung Hülers und der Mitbeschuldigten an den Staatsgerichtshof nicht in Frage komme.

Niemals jedoch könne es erwahrt sein, an einem Punkte, an dem die Tätigkeit des Gerichts überhaupt noch nicht begonnen habe, darauf hinzuweisen, daß ein Verfahren, so wie es an das Gericht herangebracht werde, fehler enthalte. Es sehe einen solchen Fehler darin, daß der Generalstaatskommissar, ohne daß ihn bisher eine unabhängige gerichtliche oder disziplinarische Untersuchung von dem Verdachte der Mißfaterchaft gereinigt hätte, als Zeuge in diesem Prozeß aufzutreten imstande ist.

München, 16. Februar. (WZ.) Wie die Blätter melden, ist Leutnant Wagner, der wegen der Vorkommnisse am 8./9. November verhaftet worden war, gestern aus der Haft entlassen worden. Der Staatsanwalt habe das Verfahren gegen ihn eingestellt.

## Einigung in der Eisenbahnfrage.

Mainz, 16. Februar. (WZ.) Bei den heutigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsbahn, der Regie und der englischen Kommission über Verkehrsfragen in der Kölner Zone wurde über wichtige Punkte eine Einigung erzielt. Personenverkehr, Gepäck- und Güterverkehr werden voraussichtlich vom 1. März ab aus der Kölner Zone nach dem Regiegebiet und umgekehrt sowie im Durchgangsverkehr stattfinden können. Gewisse unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung und Unstimmigkeiten bei der Erhebung der Fahrpreise müssen noch in Kauf genommen werden. Inzwischen sind schon durchgehende Züge auf den wichtigsten Strecken eingelegt worden. Weitere Verbesserungen werden auf einer am Montag, den 18. Februar, in Köln beginnenden Fahrplandbesprechung beraten werden.

## Das Arbeitsjubiläum.

Von Knulp.

Morgen feiert mein Vater sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Mein Vater ist Buchbinder und arbeitet im Afford 25 Jahre in einer Fabrik. Lässig in seinem Fache, aufrecht in allen gewerkschaftlichen Kämpfen — so bräute er das ein, was er für seine Familie brauchte. 25 Jahre lang. Und doch erhielt er nie, was seine Arbeitshände verdienten — 25 Jahre lang. Wie den vollen Lohn. 25 Jahre lang stand er an einem Werke, an dessen Gelingen er den vollen Anteil hat. Tat seine Pflicht auf seinem Platz, wie sie der Unternehmer an seinem tat. Tat mehr als seine Pflicht — der Unternehmer weniger. Ihm gegenüber, dem Arbeiter, meinem Vater... Gleiche Arbeit — ungleicher Lohn! Ein Werk, ein Schaffen — eine Lust zwischen „Arbeitsnehmer“ und „Arbeitsgeber“. Mein Vater ist der „Arbeitsnehmer“ laut Bezeichnung eines bürgerlichen Geschlechtes: Sein „Chef“, hm — das ist ja der „Arbeitsgeber“. Mir persönlich unbekannt. Doch wenn man es richtig nimmt: ich kenne ihn, ich sehe ihn in meinem Vater. Und da weiß ich genug. Mein Vater ist ein Knochenmann. 25 Jahre Affordarbeit! Ich bin sein Sohn — ein Knochenmann. Sohn eines Menschen, der 25 Jahre im Afford schuftete. Das ging mir ins Blut, das machte es wild. Aber... morgen ist Jubiläumfeier im „Geschäft“. Da darf mein Vater eine Stunde später kommen und braucht den ganzen Tag keinen Handschlag zu tun. Mein Pfennig wird ihm dafür abgezogen. Im Gegenteil: Hundert Hände werden ihm gratulieren, das Männerquartett „Fröhlich auf!“ wird singen, eine Rede wird zu hören sein und dann — dann wird ihm der „Chef“ in höchstgelegener Person gratulieren. Wenn der sich selbst gratulieren würde, wäre es ehrlicher. Solch ein Arbeiter! 25 Jahre im Afford! Lässig im Fache! Lebendes Symbol der Arbeit! Schaffender an einem Werk, einem Profit! Da darf man eine Taschenuhr spendieren... oder 50 Rentenmark... oder... wer will das heute schon wissen, was morgen mein Vater in seinen schwieligen Händen hält?

Solch ein Arbeiter! 25 Jahre im Afford! 9 Tage Ferien im Jahre... 9 Tage Wald und Wiese und Sonnenschein. 9 Tage nach 25 Jahren! Die Tränen steigen mir auf...

Ich bin sein Sohn! Ich will ihm gratulieren! Mit ganzem Herzen! Mit ganzem Blut! Und dieses Blut soll meinem Vater danken. Dieses Blut soll ihn rächen! Rächen für die Schande, die ihn in 25 Jahren zu einem Knochenmann werden ließ. Die ihn eines Tages wie einen Hund beiseite stoßen wird. Ich will ihn rächen an denen, denen das Rains-Ral auf der Stirne brennt.

Das, lieber Vater, ist meine Gratulation.

Drahter, eine Soubrette, eine jugendliche Viehhäberin, eine komische Aile, drei lustige Bürgerleute und einen Ezene um Ezene beherrschenden, geistig beweglichen, himmelgewandten Boccaccio! Was auf diesen letzten letzten Vogel war bei Stadel im Großen Schauspielhaus alles frohe, lärmende, jubelnde, lustige Gatter einträchtig bekinander. Mit einer klaren Regie, einem gemühten Kapellmeister, mit der Dora, der Schömin von Theßmann und auch der etwas blutarmen Sonja Ferdin läßt sich auf der weiblichen Seite so viel Luft aus der Szene herausholen, wie auf der männlichen Seite Bahmann, Grünwald und Wolflauer ein humorisches Terzett bilden. Bilder und Chöre sind von starker Stimmung getragen, auch der Prinz Burgardts hat gute Operettenmanieren. Das Tempo, das Brio, das Geist und die Würze aber macht Boccaccio. Und hier verlagte der Blick und das Ohr der Zeitung. Rätche Dorst kam von der Operette her, wurde dann ein herrlich-ernstes Theaterstück und findet sich nun zur besten Operette nicht mehr zurück. Ihre Stimme ist gebrochen, die Flügel sind für mienerliche Sämung nicht mehr geschmeidig genug. Die im Text schon gefährliche Gestalt des Frauenzwingers wurde gefährlich verbürgerlicht. Für eine Rätche Dorst muß in Berlin eine andere, ihrer würdige Stätte gefunden werden. Das ist man ihrem Talent schuldig, das diesmal, am unrichtigen Platz, Nähe hatte, sich zum Publikumjubel durchzuringen. Sie kehre zurück von der Arena zum Kammerpiel, von der Komödie zum Drama.

K. S.

**Schauführungen der Woche. Mont. Ober am Königplatz: „Tajassi“. „Kochstüme“. — Kunst. Schiller-Theater: „Columbus“. Mittw. Deutsches Theater: „Senta und der Kapitän". — Donnerst. Gr. Volkstheater: „Vorspiel". Comedia Volletti: „Dem gebürt Heinet". — Sonnab. Berliner Theater: „Das Bild im Parapet". — S. d. d. Kommandantenstraße: „Das Madonnenbild".**

**Kranke-Vorträge. Sonnab. Theater 7 u. 9 Uhr: „Kampf der Götter". Der berühmte Film aus dem Jahre 5 mit einleitendem Vortrag. Oktob. 8/9 Uhr: „Polareisland". 1. Abend. — Mont. Theater 6 Uhr: „Der deutsche Wald. 1. Teil. (Anfang für Anfänger. Film. — 8/9 Uhr: „Der deutsche Wald. 1. Teil. (Vollständige Fassung. Film.) Oktob. 6 Uhr: „Das neueste deutsche dramatische Königstheater des Land- und Amtes. (Licht.) 8/9 Uhr: „Polareisland. 2. Teil. — Dienst. Theater 6, 7, 9 Uhr: „Kampf der Götter. Oktob. 8 Uhr: „Der Mond. (Licht.) — Mittw. Theater 6, 7, 9 Uhr: „Kampf der Götter. Oktob. 8/9 Uhr: „Polareisland. 3. Teil. — Donnerst. Theater 6 Uhr: „Oh Jahr in die Welt". Jugendbewegung und Jugendberge (Film) 8/9 Uhr: „Mit dem Kaufmännersdich nach Südamerika (Film). Oktob. 8 Uhr: „Bilder aus Südamerika. (Licht.) — Freitag. Theater 6 Uhr: „Der deutsche Wald. 1. Teil. (Anfang für Anfänger. Film.) 8/9 Uhr: „An Bord der „Cap Volcano" nach Südamerika. (Film.) — Oktob. 6 Uhr: „Boccaccio" etc. an deutschen Bühnen. (Film u. Licht.) 8 Uhr: „Das neueste deutsche dramatische Königstheater des Land- und Amtes. (Licht.) — Sonnab. Theater 6 Uhr: „An Bord der „Cap Volcano" nach Südamerika. (Film.) — 7/9 Uhr: „Der Tag, eine Kunst der Kraft, der Kunst und Vorträge. (Vortrag in Verb. m. d. Theaterhalle des Volkstheater) Oktob. 8/9 Uhr: „Polareisland. 2. Teil. — 8 Uhr: „Ueber die Bedingungen und ihre Anwendung zur Selektion von 11 über die Bedingungen. 2. Teil. (Experimentalfilm). — Sonnab. Theater 6 Uhr: „Mit dem Kaufmännersdich nach Südamerika. (Film.) 8/9 Uhr: „Kampf der Götter. 8 Uhr: „Der Tag. Oktob. 8/9 Uhr: „Jugendbewegung der Wa: „Deutsches Theater. 2. Teil."**



## Abkommen mit der Pfalz.

### Die Tätigkeit der Untersuchungskommission beendet.

Der von der Rheinlandkommission nach der Pfalz entsandte Untersuchungsausschuss hat einstimmig eine Vereinbarung getroffen, der die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung zugestimmt haben. Diese Vereinbarung enthält nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ zwei Punkte:

1. Die von den Separatisten ausgewiesenen Beamten dürfen wieder nach der Pfalz zurückkehren.

2. Bis zur Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der Kreisauschuss an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten.

Der Kreisauschuss und der Ständige Ausschuss des Kreisrates waren sich darüber einig, daß sie einem Ansuchen, formell die Regierungsgewalt in der Pfalz zu übernehmen, nicht zustimmen können, da dies eine Verfassungsverletzung wäre. Insbesondere lehnten sie auch die französische Zustimmung ab, bei der Auswahl derjenigen von der Rheinlandkommission ausgewiesenen Beamten mitzuwirken, denen die Rückkehr zu gestatten sei. Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung stehen auf dem Standpunkt, daß sämtliche Beamte, die General de Metz entlassen hat, das uneingeschränkte Vertrauen der Pfälzer genießen und ihre Wiedereinsetzung ohne Unterschied gefordert werden muß.

Die getroffene Vereinbarung wird zunächst der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz übermittelt werden. Bei der Aussprache mit dem Koblenzer Untersuchungsausschuss wurde die von Pfälzer Seite gestellte Frage, ob die Separatisten nur mehr entwaffnet werden, mit Stillschweigen übergangen. Die Vertreter der Bevölkerung sehen in der Entdeckung der Separatisten eine unerlässliche Voraussetzung des getroffenen Abkommens.

London, 16. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Offiziell wird gemeldet: Die Ankunft der interalliierten Sondermission der Rheinlandkommission in der Pfalz scheint eine segensreiche Wirkung auf die dortigen Ereignisse zu haben. Eine Proklamation ist von ihr erlassen worden, in der die Bevölkerung ermahnt wird, Ruhe zu wahren und sich aller Gewalttätigkeit zu enthalten. Schwere Strafen werden im Falle von Unruhen angedroht. Der Kreisrat ist einbezogen worden und man hofft, daß die Wiederherstellung normaler Verhältnisse ohne weiteres erfolgen wird, es sei denn, daß neue Schwierigkeiten eintreten, die die Situation komplizieren würden.

London, 16. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Wie hier von vertraulicher Seite mitgeteilt wird, hat der nach der Pfalz entsandte interalliierte Sonderauschuss den überzeugenden Eindruck gewonnen, daß die Unruhen das Ergebnis der weiteren Duldung der Separatisten sind. Da die Sonderbündler aus allen anderen Ländern vertrieben wurden, haben sie sich in Speyer und Kaiserslautern konzentriert.

## Verhaftungen in Piemont

Paris, 16. Februar. (Eco.) Aus Mailand wird gemeldet, daß die Militärpolizei im Anschluß an die Zwischenfälle in Piemont und Kaiserlautern heute vormittag zahlreiche Verhaftungen vorgenommen habe. Bis jetzt wurden 14 Personen festgenommen.

Piemont, 16. Februar. (Eco.) Die Separatisten sind von der Besatzungsmacht im Amtsgerichtsgebäude in Turin verhaftet worden. Die deutsche Gendarmerie ist unter französischem Befehl gestellt worden.

Torino, 16. Februar. (Eco.) Hier ist eine Abteilung Militär eingetroffen, offenbar zum Schutz der Separatisten.

## Die Militärkontrolle in Deutschland.

Paris, 16. Februar. (Eco.) Wie aus Genf mitgeteilt wird, ist den Kreisen des Völkerbundes offiziell nichts davon bekannt, daß die englische Regierung beabsichtigt, den Bund um die Überwachung der Militärkontrolle zu bitten. Man hält es indessen für möglich, daß der englische Vertreter, Lord Parmoor, auf der nächsten Sitzung am 10. März bestimmte Vorschläge in der Frage machen wird. Branting, der bekanntlich Mitglied des Völkerbundesrates ist, hat vor einigen Tagen in Genf einen Vorschlag formuliert, wonach die ständigen Militärausschüsse des Völkerbundes durch eine einzige Kommission, aus 15 Mitgliedern bestehend, ersetzt werden soll. Dieser Kommission würden die militärischen Mitglieder der ständigen Ausschüsse als Sachverständige zur Seite gestellt. Diese Anregung Brantings hat begreifliches Aufsehen erregt.

Paris, 16. Februar. (Eco.) In Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die Völkerbundskonferenz sich dieser Tage erneut mit der Frage der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland befassen wird. Nach Ansicht der französischen Regierung ist nach Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland, nimmere der geeignete Moment gekommen, die allen Methoden wieder einzuführen und die Kontrollbesuche wieder unangemeldet vorzunehmen. Die Völkerbundskonferenz wird die Aussprache über diese Angelegenheit eröffnen, sobald die britischen Vertreter ihre Instruktionen aus London erhalten haben.

## Der Achtstundentag in Oesterreich.

### Bedingte Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Wien, 16. Februar. (Eco.) Der Ausschuss des Nationalrats für soziale Verwaltung hat beschlossen, daß dem Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag die verfassungsmäßige Genehmigung unter dem Vorbehalt erteilt werden soll, daß das Übereinkommen erst dann in Kraft tritt, wenn es von den europäischen Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation, deren die größte industrielle Bedeutung zukommt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und in ähnlicher Weise mit Oesterreich in wirtschaftlichem Verkehr stehenden Nachbarstaaten (Jugoslawien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Rumänien) ratifiziert ist. Den übrigen Washingtoner und Genfer Übereinkommen betreffend den Achtstundentag wird die verfassungsmäßige Genehmigung ohne weiteres erteilt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf bedingte Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag wurde abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister für soziale Verwaltung, daß eine bedingte Ratifizierung schon zur Zeit der Verhandlungen in Washington vorgesehen worden sei, wie aus den Protokollen hervorgeht.

Die Reichstagsabgeordnete Frau Wilhelmine Ehler hat ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei der Thüringer Parteiorganisation und aus der Reichstagsaktion dem Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt. Die „Welt“ meldete aus Eisenberg i. Th. ihren Austritt zur SPD. Frau Ehler gehörte der Rationalisierungsaktion als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion an. Nach dem Tode des Genossen Reich war sie als SPD-Kandidatin in den Reichstags gewählt. Sie war erst neuerdings zur „Opposition“ übergegangen.

Als Nachfolger für Frau Ehler im Preussischen Landtag (Wahlkreis Leitzen-Borsow-Charlottenburg) ist Genosse Wilhelm Drugowitzer nachgerückt.

## Der deutsche Fremdenverkehr.

Die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung veranstaltete in dem Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofes eine Kundgebung über die Not des deutschen Fremdenverkehrs. Das Hauptgespräch hielt der Direktor der Reichszentrale, wirtl. Rat Maximilian Krauß, der etwa folgendes ausführte:

Der Auslandsverkehr ist nicht nur ein wirtschaftlich-wirtschaftlicher Charakter, sondern auch von kulturpolitischer Bedeutung. Der Fremdenverkehr bringt nicht nur Geld ins Land, sondern er ist auch insofern von politischer Wirkung, als er den ausländischen Ausländern zeigt wie Deutschland in Wirklichkeit ist. Man darf ihm natürlich den Aufenthalt in Deutschland nicht verweigern. Die behördlichen Maßnahmen, die als Abwehrmittel gegen den Valutareisverkehr ergriffen wurden und zum Teil sehr nötig waren, haben oft daneben gegriffen, weil ihnen nicht immer die erforderlichen Mittel und tatkräftigen Organe zur Verfügung standen. Auch darf man nicht dazu kommen, den Fremdenverkehr, der seinem Wesen nach ein Luxusbedürfnis ist, deshalb so verurteilen, weil die Reichs-Tausende von Deutschen zwingt, an der Spitze stehen zu müssen. Wenn man von diesen Gesichtspunkten den Fremdenverkehr regeln wollte, so müßte man auch gleich sämtliche Hotels auf Abbruch verkaufen und Theater und Museen schließen. Aus dem ehemals prächtigsten Lande der Erde ist ein Land geworden, das in der Vorstellung des Auslandes gleich nach Rußland kommt. Schuld daran seien die Zoll- und Pächtsysteme sowie die verschiedenen Steuern. Aber auch das gegenwärtige Preisniveau des deutschen Gastwirtschaftsgewerbes und die Eisenbahntarife seien zu hoch. Wollte man nachdrücklich die Freiheit des Fremdenverkehrs in jeder Hinsicht gefordert werden. Um eine Einheitspolitik in diesen Fragen zu erlangen, müsse ein Reichsfremdenverkehrsamt geschaffen werden, in dem alle Kräfte zusammenlaufen und das systematisch die Koordination und die Propaganda des Fremdenverkehrs vornehmen müsse.

Die anwesenden Hotelvertreter nahmen die ihnen offenbar günstig erscheinende Gelegenheit zu einem Generalsturm auf alle Fremdenverkehrsmaßnahmen, und einzelne kommunale Vertreter haben die Notwendigkeit der Beherbergungs-, Getränke- und Luftverkehrsteuern aus der Tatsache zu bekräftigen, daß den Gemeinden jegliche Steuerfreiheit fehle und es für sie zurzeit gar kein anderes Mittel als diese Steuern gebe. Wertwürdigerweise hielt es eine der größten Fremdenverkehrsfürsprecher des Reiches, nämlich Berlin selbst, nicht für nötig, sich an der Aussprache zu beteiligen. Und auch der anwesende Herr Vertreter der Republik Bayern, dessen Staat nicht zum wenigsten an den Post- und Fernschiffverkehr gegenüber allen Nichtbavarn beteiligt ist, hielt es für angebracht, zu schweigen. Der Vertreter des „Vormarsch“ wies auf den Drosselstein hin, der darin liege, daß man einerseits mit großer Inbrunst den internationalen Fremdenverkehr herbeiwünscht und andererseits immer noch „Feinde“ fürchte. Vertreter der Reichseisenbahn, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarbeitsministeriums bekräftigten ihre Sympathie mit den Bestrebungen zur Hebung des Fremdenverkehrs und lokalen Erschließungen im Rahmen des Möglichen zu. Eine Entschließung faßte alle Wünsche zusammen.

## Wahnsinnstat eines Vaters.

### Eine ganze Familie erdroffelt aufgefunden.

Die furchtbare, an Wahnsinn grenzende Tat eines 25jährigen Familienvaters hat in der Bogkauer Straße zu Bichtenberg berechtigtes Aufsehen erregt.

Etwa gegen 6 Uhr abends erschien gestern auf einem Polizeirevier in Lichtberg der Schloßer Otto Paride aus der Tschöbener Straße und teilte mit, daß sein Halbbruder, der Schloßer Fritz Jordie, der Bogkauer Str. 70 wohnt, bei ihm gewesen sei und wiederholt Selbstmordgedanken geäußert habe. Man habe sich nach der Wohnung des Jordie im Hause Bogkauer Straße 70 und fand dort, nachdem man gewaltsam eingedrungen war, die ganze Familie, bestehend aus dem 26 Jahre alten Fritz Jordie, dessen 25 Jahre alter Ehefrau Margarete geb. Kossel und den beiden 4 und 3 Jahre alten Söhnen Günther und Heinz, tot auf. Die Frau und die beiden Kinder waren bis auf das Hemd entkleidet und mit harter Seidenschnur am Bett erhängt. Die Ehefrau war kurz erstickt und dann am Bett gestorben worden. Die beiden Kinder hingen am Fußende des Bettes. Nach einem vorgefundenen Brief an seine Eltern hat Jordie bereits am 14. abends seine Familie erdroffelt und selbst am 15. seinem Leben ein Ende gemacht und zwar, wie er angibt, wegen ehelicher Zwistigkeiten. Die Frau befand sich außerdem in anderen Umständen.

## Der verführte Hauptkassierer.

### Neues zu den Unterschlagungen in der Girozentrale.

Der Prokurist und Hauptkassierer Arthur Hinz und der Kaufmann Julius Höfling, die beide in die großen Unterschlagungen bei der Girozentrale verwickelt sind, wurden bereits von der Kriminalpolizei vernommen.

Nach den Ermittlungen hat sich der willensschwache Hinz von Höfling, einem geliebten Schieber, verführen lassen. Höfling stammt aus Gießen und ist 29 Jahre alt. Der hiesigen Kriminalpolizei war er schon seit Januar 1923 als wilder Bankier bekannt. Er betrieb damals in der Leipziger Str. 63 in der Nähe des Spiritusmarktes ein „Bankgeschäft“, um das er sich aber wenig kümmerte. In Wirklichkeit machte der „Bankier“ die wildesten Schieds- und Spekulationsgeschäfte. Vor einem Jahr handelte er besonders mit Gold- und Silberwaren, wobei er große Summen „verdiente“, weil damals diese Metalle von Tag zu Tag umgebeutert im Wert stiegen. Mit diesen Verdiensten bediente er stets wieder seine Verbindlichkeiten aus Effekten und anderen Geschäften. So gelang es ihm, sich gleich Geld zu schaffen, als er einmal festgenommen war. Von der Staatsanwaltschaft wurde er daraufhin wieder entlassen. Den Hauptkassierer Hinz, der diesem verfallenen Menschen nicht gewacht war, lockte er zunächst durch kleinere, dann durch größere Geschenke an sich. Er nahm ihn auch in August 1924 mit, wo er ihn ständig freihieß, ebenso auf eine Fahrt nach Oberhof zum Wintersport, an der auch die Geliebte Höflings teilnahm. Alles das kostete sehr viel Geld, und nun hat Höfling den Prokuristen um „Gefälligkeiten“, die immer größer wurden. Die Wohnung, die Höfling in der Vorbergstr. 6 inne hatte, war nur eine Scheinwohnung, in der meistens nur die Gerichtsvollzieher zu Besuch kam. In Wirklichkeit hauste der Schieber in einem großen Hotel, wo er ständig ein Zimmer gemietet hatte. Seine Geliebte hatte eine eigene Wohnung im Westen der Stadt. Die Summe der Unterschlagungen wird auf zwei Millionen wohl noch etwas übersteigen. Beschlagnahmen Sachen, Silberzeug, Brillanten und Pelze, auch zwei Autos, die Höfling besaß und die in Friedenau und in Weiskensee entdeckt wurden, decken lange nicht den ganzen Fehlbetrag.

## Radio-Telephonie für jedermann.

Am Dienstag abend 7 1/2 Uhr hält der Direktor der Telefunken-Gesellschaft Herr Dr. Ing. h. c. Georg Graf Arco im Saalbau Friedrichshain einen von Wichtigkeit. Experimentalvortrag. Es werden von der Sendestation der „Radiokunde“ aus drahtlos eingehende Mitteilungen über die neuen Fortschritte im Bau und in Betrieb von Radio-Telephonie-Sendern für das Rundfunkwesen gemacht. Die Grundlinie, die Graf Arco in Form von Tischen aufgestellt hat, werden unmittelbar hinterher durch Vertiefung der Antennenbewegung bewirkt. Schließlich werden sich diese auf die Aufnahme der musikalischen und sprachlichen Darstellungen aus dem Aufnahmezimmer und auf die Weiterleitung der Senders durch die Mikrophonströme bezogen. Zahlreiche Verbesserungen werden vorgeführt. Karten zum Preise von 5, 8 und 12

sind im Gesundheitsamt des Bezirksamts Friedrichshain, An der Schillingbrücke 2 (Stadtbad), und an der Abendkasse Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichstein 16/23, zu haben.

## Rentnernot.

### Was den Erwerbsunfähigen die Fürsorgeregelung bringt.

Am härtesten hat die Geldentwertung die getroffen, die nicht mehr erwerben können, die Arbeitslosen, die Sozialrentner, auch die Rentenrentner, deren fürs Alter zurückgelegte Not großen Teil aufgebraucht waren. Die meisten dieser Erwerbsunfähigen und Hochbetagten leben in tiefem Elend, weil die ihnen gegebenen Renten oder Beihilfen, wenn auch wiederholt Erhöhungen bewilligt wurden, weit hinter der Geldentwertung zurückgeblieben sind. Alle Verbitterung und Erbitterung die diese Notleidenden und Hilfsbedürftigen erfüllt, kam zum Ausdruck in einer Konferenz, die für Berlin von der deutschen Invalidenhilfe, dem Gau Groß-Berlin des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands und dem Landesverband Groß-Berlin des Rentnerbundes unter Beteiligung der Bezirksämter veranstaltet wurde.

Der 80jährige Zentralverbandsgauleiter Mittag, der in seinen schärfsten Anklagen des Elends der Rentner schilderte, hielt für nötig, daß diese Zustände dem Ausland bekannt werden. Hätte vom Rentnerbund berichtet unter anderem über eine Konferenz mit dem Berliner Wohlfahrtsamt, in der für die Rentenrentner eine Erhöhung ihrer im Januar mit 11 Mark bemessenen Beihilfe am monatlich 22. März ab Februar erreicht wurde. Auch sei die Stadt für die Invalidenhilfe 2000 Tsd. Reichsmark zu sehr billigen Preisen so daß die Invaliden in der nächsten Zeit das Brot für 30 Pfennig erhalten können. Der Zentralverbandsvorsitzende Lüneburg referierte über „Abbau der Renten und unsere Abwehrmaßnahmen“ und erklärte dabei die Reichsverordnung über die Fürsorgeregelung. Das Reich hat die erforderliche Fürsorge abgebaut, die Fürsorge der Länder ist gleich Null die ganze Last fällt daher auf die Gemeinden — aber diese haben meist selber nichts. Von den Fürsorgeverbänden zu denen die Gemeinden sich zusammenschließen sollen, muß die Gefahr einer Durchdringung mit dem alten Geist der Armenpflege abgewehrt werden. Das kann geschehen durch Anlehnung der Sozial- und Rentenrentner an die Arbeiterbeschäftigten fürsorge, auch durch die aus den Organisationsstellen der Hilfsbedürftigen zu bestehenden Beiräte, ohne deren Mitwirkung eine wirkliche soziale Fürsorge nicht denkbar ist. Der Referent wies darauf hin daß es in Deutschland anderthalb Millionen Invaliden- und Rentenrentner gibt, von denen nur die noch erwerbsfähige Bevölkerung sich meist keine rechte Vorstellung macht. Zu den wichtigsten Forderungen, die er aufstellte, gehörte eine zeitgemäße Erhöhung der letzten Renten, damit Hilfseinrichtungen vor nicht erst in Anspruch genommen zu werden brauchen, und Vereinfachung der Mittel durch Reich und Länder, damit die Fürsorgeverbände ihre Aufgabe erfüllen können.

## Erneutes Samstagsrotgestempelter Tausender.

Seit einiger Zeit erfreuen sich bekanntlich die rotgestempelten Tausendmarktscheine erneuter Aufmerksamkeit der Samstager. Sie werden trotz allen Verbotes im Schleichhandel wieder mit hohen Aufschlägen gekauft. Diese Erscheinung erklärt sich zweifellos aus der psychologischen Wirkung der Luftwertminderungen. Insbesondere dürfte die dort verdeckt durchgeführte Unterscheidung zwischen älteren und neueren Forderungen die Anregung zu Samstagerkäufen gegeben haben. Bekanntlich rechnen die Samstager damit daß die rotgestempelten Tausendmarktscheine einstmals eine gewisse Aufwertung erfahren. Diese Hoffnungen knüpfen sie an die bekannter Verhältnisse mit Belosien an. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ von zuständiger Stelle erfährt, sind alle diese Erwartungen unbegründet. Die Summe der Belosien beim Deutschen Reich angemeldet hat, ist genau siebenmal höher als die Summe der roten Tausendmarktscheine, die in der Diskussion. Die Samstager der rotgestempelten Tausendmarktscheine, die veräußert erschienen nicht zu befehlen sind, werden mit einer sicheren Entschädigung zu rechnen haben.

## Die Gas- und Kohlenpreise in Berlin.

In der kommenden Woche wird sich der Ausschussrat der Städtischen Werke mit der Frage zu beschäftigen haben, ob eine Ermäßigung der augenblicklich geltenden Tarife möglich ist oder nicht. Es hat den Anschein, als ob zunächst an eine Ermäßigung noch nicht gedacht werden kann da einmal die Werke selbst während der Inflation in eine recht ungünstige wirtschaftliche Lage gekommen sind, und weil auch der Verbrauch selbst sich nicht darauf beschränken hat, daß man an eine Verbilligung denken könnte. Wenn man in den Gaswerken aber auch der Ansicht, daß eine Verbilligung dieses für die Bevölkerung so notwendigen Produktes in absehbarer Zeit eintreten muß und man hofft, daß bei der zu erwartenden neuen Preisobergrenze für Kohle auch die Gaswerke dann in die Lage versetzt werden, ihrerseits Preisverbilligungen vornehmen zu können.

Zu der Missetat in der Bismarck-Straße wird mitgeteilt, daß der flüchtige Bläuer Brüder am Freitag abend festgenommen worden ist. Brüder hatte, wie er sagt, erst die Absicht, auch sich selbst das Leben zu nehmen, nachdem er seine Frau erschossen hatte. Er irrte dann aber panisch in Berlin umher. Am Nachmittag schickte er nach Anhalter Bahnhof aus einem Jungen zu seinem Jugendfreund dem Förstner Kautenberg in der Solmstraße, bei dem er nach der Trennung von seiner Frau gewohnt hatte, und ließ fragen, ob er abends zu Hause sei. Auf die bejahende Antwort besuchte er ihn dann. Kautenberg unterrichtete die Kriminalpolizei.

Theatervorstellung für Erwerbslose. Auf Veranlassung des Bezirksamts Friedrichshain veranstaltet das „Rosa-Theater“, Große Frankfurter Straße, am Montag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, eine Vorstellung für Erwerbslose zu sehr ermäßigtem Preise. Es gelangt zur Aufführung das Schauspiel „Jugendfreunde“ von Julia.

Ein Kriminalbeamter fesselt einen Fünfzehnjährigen. So dem unter dieser Epigone gebrachten Bericht hat das Polizeipräsidium ermittelt, daß es sich nicht um einen Kriminalbeamten seiner Behörde, sondern um einen Aufwachungsbeamten des Polizeihofes Puffstraße gehandelt hat. — An der von uns gebrachten Charakterisierung des Verhaltens dieses Beamten einem Fünfzehnjährigen gegenüber ändert diese Feststellung natürlich nichts. Es läge nunmehr an der Eisenbahndirektion, das Verhalten ihres Beamten zu erklären.

Stadtbad Friedrichshain. Im Gegensatz zu mehreren anderen Berliner Badeanstalten sind die Schwimmbecken für Männer und Frauen des Stadtbaues Friedrichshain, An der Schillingbrücke 2, täglich von 9 bis 7 Uhr nach wie vor geöffnet.

## Die Nordpolfahrt des „Schnandoah“ verboten.

Präsident Coolidge hat die unverzügliche Einstellung der Vorbereitungen zur Nordpolfahrt des „Schnandoah“ nach dem Nordpol angeordnet. Bekanntlich hatten sich in Amerika verschiedene Nordpolfahrtunternehmen dahin geäußert, daß die mit der Expedition verbundenen Ausgaben in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Resultat ständen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

48. Kreis-Präsident, Minister, Kaiser, Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Vertikalen Hof, Schlosser-Platz, Potsdamer Straße, Kreisdelegiertenversammlung.



